

Meinungsprofil: Gerhard Schröder

www.iavg.org/iavg048.pdf / Stand: 05.11.2005

Am 28.10.1998 wurde der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder zum Bundeskanzler gewählt. Im Sommer 2005 sprach sich Schröder selbst das Mißtrauen aus und veranlaßte eine rechtlich umstrittene vorgezogene Bundestagswahl am 18.09.2005, bei der er nach sieben Jahren abgewählt wurde. In dieser Zeit erlebte Deutschland einen drastischen kulturellen und wirtschaftlichen Verfall. Mit dieser Entwicklung war 1998 vorauszusehen: **„Diese Analyse (des Wahlprogramms der SPD) zeigt, daß bei einem Wahlsieg der SPD mit folgenden Entwicklungen gerechnet werden muß: Beschleunigung des Verfalls der christlichen Werteordnung, Zerfall des abendländischen kulturellen Konzeptes der Familie, Verschlechterung der volkswirtschaftlichen Situation, Ansteigen der Kriminalität, Zunahme multikultureller Spannungen“** (Schreiben H.Penner an G.Schröder vom 17.09.98).

1. Politische Einstellung

Schröder war ein Exponent der neomarxistischen Kulturrevolution von 1968, die in Anlehnung an den chinesischen Diktator Mao Tse Tung einen „Marsch durch die Institutionen“ anstrebte und nach 30 Jahren in Deutschland die politische Macht ergriff.

„Ja, ich bin Marxist“ (G.Schröder; Prospekt Kopp-Verlag Rottenburg).

„Ich bin überzeugt davon, daß man unser Wirtschaftssystem insgesamt beseitigen muß ... Ich gehe ohne jeden Abstrich davon aus, daß eine sozial gerechte Gesellschaft voraussetzt, Privateigentum an Produktionsmitteln abzuschaffen“ (G.Schröder als Juso-Vorsitzender; Prospekt Kopp-Verlag Rottenburg).

„Nach 40 Jahren Bundesrepublik sollte man eine neue Generation in Deutschland nicht über die Chancen einer Wiedervereinigung belügen. Es gibt sie nicht!... Eine auf Wiedervereinigung gerichtete Politik ist reaktionär und hochgradig gefährlich“ (G. Schröder am 27. September 1989; Prospekt Kopp-Verlag Rottenburg)

"Unsere Aufgabe ist es nicht, Kirchen zu bekämpfen, sondern gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, in denen Kirche vielleicht überflüssig wird" erklärte Schröder vor der Wahl. (W.Pierek, Schreiben an Schröder vom 01.11.98). Bei seiner Vereidigung verzichtete Schröder darauf, Gottes Hilfe in Anspruch zu nehmen. Schröder hat drei auf Lebenszeit abgeschlossene Eheverträge gebrochen. "Ich bin nicht nur fest davon überzeugt, dass sich eine überzeugende moralische Position in dieser Debatte (der Gentechnik) auch ohne den Rekurs auf Gott vertreten läßt" (Schröder,G.: Zur bioethischen Debatte; Die Zeit 26.07.2001).

"Dabei erscheint es mir eher eine nebensächliche Frage, dass Sie Marxismus und Nationalsozialismus gleichsetzen, was ich historisch und intellektuell für problematisch, wenn nicht gar für unredlich halte" (Schröder,G.: Zur bioethischen Debatte; Die Zeit 26.07.2001). Nationalsozialismus und der sich als wissenschaftlicher Sozialismus verstehende Marxismus weisen viele Gemeinsamkeiten auf: 1. Beides sind Sozialismen, d.h. Versuche zur Totallösung der Sozialen Frage. 2. Beide gehen von einem Feindbild aus, das es zu vernichten gilt. 3. Beide Ideologien haben zur Entstehung von totalitären Staaten geführt. 4. Beide Ideologien haben Pragmatiker zu unglaublichen Greueltaten veranlaßt.

"Aber, wann beginnt menschliches Leben? Mit dem Moment der menschlichen Befruchtung? Mit dem Augenblick der Nidation? Existiert ohne Beziehung zur Mutter?... Viele, viele offene Fragen, auf die es nicht zuletzt auch juristisch noch keine verbindliche Antwort gibt..." (G.Schröder, Zur bioethischen Debatte...; Die Zeit 26.07.2001)

2. Wirtschaftspolitik

„Für die neue Bundesregierung hat die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft in allen Bereichen hohe Priorität. Zu den zentralen Zielen der neuen Bundesregierung gehört daher eine umfassende Reform des Steuer- und Abgabensystems mit dem Ziel, Haushalte und Unternehmen deutlich zu entlasten. Auch ist die Bundesregierung bemüht, durch Deregulierung und Entbürokratisierung mehr Freiraum für unternehmerische Initiative, Wettbewerb und damit mehr Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen... Die Bundesregierung verfolgt einen mittelfristig angelegten Konsolidierungskurs, der den konjunkturellen Erfordernissen Rechnung trägt und die im Vertrag von Maastricht festgelegten Stabilitätsziele erfüllt.“

(Antwortschreiben G.Schröder vom 11.03.99, verfaßt von Dr. Rosenbaum, Bundesministerium für Wirtschaft etc.) Diese Ziele wurden nicht erreicht.

„Unter Rot-Grün wurde Deutschland in vielen Bereichen das Schlußlicht in Europa. An dem Erfolg gegen die Arbeitslosigkeit sollten wir Schröder nach seinen eigenen Worten messen. Nicht nur die Staatsverschuldung wurde vom "Sparminister" Eichel weiter in die Höhe getrieben, Eichel hat auch das "letzte Tafelsilber verkauft". Deutschland ist inzwischen "der kranke Mann Europas, die europäischen Nachbarn sorgen sich um Deutschland.

Die gentechnische Insulin-Produktion sollte bei Hoechst/Frankfurt a.M. gebaut werden. Nach immer neuen Schwierigkeiten durch den damaligen hess. Umweltminister Joschka Fischer wurde die Anlage im Elsaß gebaut. Nach den deutschen Patenten wird inzwischen Insulin im Ausland gentechnisch hergestellt, wir werden von dort versorgt.

Die Transrapidstrecke Hamburg-Berlin wurde aus Rot-Grüner Kurzsichtigkeit nicht gebaut. Die Strecke in China läuft technisch einwandfrei.

Die hochmoderne Kokerei in Dortmund wurde nach wenigen Jahren Betriebszeit stillgelegt, in Einzelteile verpackt und nach China verschleudert. Heute wird Hochofenkoks zu Höchstpreisen gehandelt wegen der boomenden Stahlindustrie in China. Hier hätte Rot-Grün einschreiten müssen.

Die Gentechnik wird sich in Zukunft massiv ausweiten. Trotzdem behinderte Künast diese Technologie, indem sie Landwirte mit gentechnischem Anbau haftbar machen will, wenn deren Produkte die Anbauflächen von benachbarten Biobauern beeinträchtigen.

Die geplante Chipfabrik in Frankfurt/Oder wurde nach 3 Jahren "Genehmigungsverfahren" vom Management entnervt aufgegeben. Auch hier hätte Rot-Grün einschreiten müssen" (L.Lindner, Leserbrief an FAZ vom 25.09.05).

3. Vernichtung der Kerntechnologie

Kernenergie ist die Stromquelle der Zukunft. In Asien sind etwa 76 neue Kernkraftwerke in Planung. Für Deutschland lautet die Alternative: Export oder Import von Kernstrom. Deutsche Kernkraftwerke sind inhärent sicher, Deutschland besitzt ideale Voraussetzungen für die Endlagerung radioaktiven Materials. Deutschland war führend in der Kerntechnologie. Die Vernichtung der Kerntechnologie in Deutschland durch SPD und Grüne Partei begann schon vor der Machtübernahme 1998 und ist ein wesentlicher Grund dafür, daß Deutschland gegenüber dem Ausland auf vielen Gebieten nicht mehr konkurrenzfähig ist.

Vor der Bundestagswahl 1998 hatte die Partei Bündnis90/Die Grünen erklärt, eine Koalition mit der SPD nur unter der Bedingung einzugehen, daß die Nutzung der Kernenergie innerhalb der nächsten 5 Jahre eingestellt wird. Gerhard Schröder ist auf diese Bedingung eingegangen: *"Der Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie wird innerhalb dieser Legislaturperiode umfassend und unumkehrbar gesetzlich geregelt"* hieß es in der Koalitionsvereinbarung.

„Der Hochtemperaturreaktor, der Thorium als Brennstoff verwendet, "inhärent" sicher ist und Hochtemperaturwärme bereitstellt, eine deutsche High-Tech-Entwicklung, wurde "Dank" roter Industriepolitik in NRW nach knapp einem Jahr nicht mehr weiterbetrieben und stillgelegt. Das Projekt wird jetzt in Südafrika und China intensiv weiterverfolgt. Ebenso erging es dem Schnellen Brüter in Kalkar/NRW , der zu 90 % fertiggestellt war“ (L.Lindner, Leserbrief an FAZ vom 25.09.05).

„Die ‚MOX-Anlage in Hanau‘, die zur Wiederverwendung des Plutoniums in Kernreaktoren und damit zur Entsorgung von Waffenplutonium geeignet war, wurde ebenfalls von Fischer sabotiert und ging nie in Betrieb . Der Verkauf für 50 Mill Euro nach China wurde von den Grünen sabotiert“ (L.Lindner, Leserbrief an FAZ vom 25.09.05).

„Mit Gorleben hat Deutschland im Salzstock einen bestens geeigneten Endlagerstandort. Das sagen auch alle namhaften Experten. Mit dem Erkundungsstopp und der Suche nach neuen Endlagern sabotierte Trittin einen vernünftigen Abschluß der Arbeiten und verursachte unnötige Kosten in Milliardenhöhe“ (L.Lindner, Leserbrief an FAZ vom 25.09.05).

4. Das Verhältnis zu Frankreich

Das Verhältnis zu Frankreich war anfänglich belastet: *„Jürgen Trittin hat mit seinem Dogmatismus viel Porzellan in Paris zerschlagen. Wieso konnte er mit solcher Härte sagen, daß es für französische Schadenersatzforderungen nach der Kündigung der Verträge über die atomare Wiederaufbereitung 'keine rechtlichen Grundlagen' gibt?... Wer soll glauben, daß die Wind- und die Solarenergie sich als Ersatzlösung für Deutschland anbieten?“ (Henri Menudier, Professor für Politische Wissenschaften an der Sorbonne, Paris, Rheinischer Merkur vom 29.01.1999)*